

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
15.11.2017 und vom 29.11.2017
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Erstattung von Kinderbetreuungskosten für ehrenamtlich Tätige
Vorlage: 17/SVV/0048
Fraktion DIE aNDERE
- 3.2 Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen
Einrichtungen der LHP
Vorlage: 17/SVV/0059
Fraktion CDU/ANW
- 4 Außerplanmäßige Auszahlung i. H. v. 300.000 Euro zur Errichtung einer
Kindertagesstätte in Fahrland
Vorlage: 17/SVV/0943
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Sachstandsbericht Städtepartnerschaften 2017
Vorlage: 17/SVV/0922
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5.2 Vorschlag für einen Termin der Oberbürgermeisterwahl im Jahr 2018
Vorlage: 17/SVV/0946
Oberbürgermeister, Fachbereich Verwaltungsmanagement
- 5.3 Räume für Kulturschaffende und Kreative - Szenario-Workshop:
Strategieentwicklung für die Kunst- und Kreativwirtschaft in Potsdams Mitte
Vorlage: 17/SVV/0947
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 6 Sachstandsbericht zum Biosphärenworkshop
- 7 Zwischeninformation zu den Verhandlungen bezüglich des Potsdamer
Seesportclubs
- 8 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 9 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.11.2017 und vom 29.11.2017
- 10 Mitteilungen der Verwaltung
- 11 Angelegenheiten Standortmanagement Golm
- 13 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.11.2017 und vom 29.11.2017

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Zurückzustellen ist:

- der **Tagesordnungspunkt 3.1, Erstattung von Kinderbetreuungskosten für ehrenamtlich Tätige**, DS 17/SVV/0048, da dieser zusammen mit der DS 17/SVV/0877, Entschädigungssatzung, am 10.01.2018 im Hauptausschuss behandelt werden soll.

Zu ergänzen sind:

- unter **5., Mitteilungen der Verwaltung**, die **Tagesordnungspunkte 5.4, Entwicklungen Oberlinhaus** und **5.5, Goetheschule-Grundschule Babelsberg**.
- unter **8., Sonstiges** soll über die **Antwort des Landtags Brandenburg zur Petition des Herrn Menzel** berichtet werden.

Gegen diese Änderungen in der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit Stimmenmehrheit **bestätigt**.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 67. Sitzung des Hauptausschusses vom 15.11.2017 wird mit Stimmenmehrheit, bei 2 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 68. Sitzung des Hauptausschusses vom 29.11.2017 liegt als Tischvorlage vor und soll in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 10.01.2018 bestätigt werden.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Erstattung von Kinderbetreuungskosten für ehrenamtlich Tätige**

Vorlage: 17/SVV/0048

Fraktion DIE aNDERE

zurückgestellt – soll zusammen mit der DS 17/SVV/0877 im Hauptausschuss am 10.01.2018 behandelt werden

zu 3.2 **Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP**

Vorlage: 17/SVV/0059

Fraktion CDU/ANW

Der Oberbürgermeister führt in den Tagesordnungspunkt ein und weist darauf hin, dass der Antrag im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion sowie im Jugendhilfeausschuss durch die antragstellende Fraktion zurückgezogen wurde. Er bittet Herrn Finken um Auskunft, ob seine Fraktion den Antrag auch im Hauptausschuss zurückziehen wolle.

Herr Finken bittet darum, den Antrag zurückzustellen, bis Herr Schubert, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung, Anfang des nächsten Jahres im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion über die diesbezüglich geplanten Maßnahmen der Landeshauptstadt Potsdam berichtet.

Der Antrag wird im Anschluss **zurückgestellt**.

zu 4 **Außerplanmäßige Auszahlung i. H. v. 300.000 Euro zur Errichtung einer Kindertagesstätte in Fahrland**

Vorlage: 17/SVV/0943

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein. Da es zur Vorlage keinen Gesprächsbedarf gibt, wird diese direkt zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung gemäß § 70 BbgKVerf für die Investitionsmaßnahme Kita-Neubau Kita Fahrland, Gartenstr./Mühlenring (Investitionsnummer 35001027) im Produkt 3650200 im Haushaltsjahr 2017 in Höhe von 300.000 EUR für die Errichtung einer Kindertagesstätte in Fahrland; Flur 1; Flurstück 288.

Die Deckung erfolgt aus der Investitionsmaßnahme "Erwerb Grundstücke Griebnitzsee" (Investitionsnummer 0747 000 12 0001) im Produkt 5510000.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Sachstandsbericht Städtepartnerschaften 2017

Vorlage: 17/SVV/0922

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, berichtet mündlich über die wichtigsten Inhalte des Sachstandsberichts Städtepartnerschaften 2017. Er weist dabei insbesondere auf die neue Städtepartnerschaft mit der Stadt Sansibar und das Jubiläum der Partnerschaft mit der Stadt Luzern sowie auf dazugehörige Projekte hin.

Im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Jetschmanegg bedankt sich Frau Müller bei Frau Isabell Sommer, Sachbearbeiterin im Bereich Marketing, und Frau Dr. Sigrid Sommer, Bereichsleiterin Marketing, für die geleistete Arbeit. Sie regt des Weiteren an, den Film „Rue de Blamage“, eine Dokumentation über die Baselstraße in Luzern, im Plenarsaal zu zeigen. Der Oberbürgermeister stimmt dem Vorschlag zu.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.2 Vorschlag für einen Termin der Oberbürgermeisterwahl im Jahr 2018

Vorlage: 17/SVV/0946

Oberbürgermeister, Fachbereich Verwaltungsmanagement

Der Oberbürgermeister bringt die Mitteilungsvorlage ein. Er nennt die geplanten Termine für die Oberbürgermeisterwahl 2018 und erklärt, wie es zu der verlängerten Frist zwischen dem ersten Termin und dem Termin für eine mögliche Stichwahl kommt.

Gegen die Terminvorschläge erhebt sich kein Widerspruch. Die Mitteilungsvorlage wird im Anschluss zur Kenntnis genommen.

**zu 5.3 Räume für Kulturschaffende und Kreative - Szenario-Workshop:
Strategieentwicklung für die Kunst- und Kreativwirtschaft in Potsdams Mitte**

Vorlage: 17/SVV/0947

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Herr Kümmel, Leiter des Büros des Oberbürgermeisters, stellt den geplanten Szenario-Workshop zur Strategieentwicklung für die Kunst- und Kreativwirtschaft in der Potsdamer Mitte anhand einer Präsentation vor. Dabei geht er zu Beginn auf die Ziele der drei Workshops ein. Im weiteren Verlauf schildert er das geplante Projektvorgehen und benennt die geplanten Teilnehmer der Workshops.

Im Anschluss an die Präsentation fragt Herr Sändig, warum Vertreter der Stiftung Garnisonkirche am Workshop-Verfahren beteiligt werden sollen. Herr Kümmel antwortet, dass der aktuell bestehende Nutzungskonflikt zwischen der Stiftung und den Nutzenden des Rechenzentrums eine Beteiligung notwendig mache.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass das Verfahren ergebnisoffen durchgeführt werden soll. Er fragt, welche Bauabschnitte der Garnisonkirche Herr Kümmel in seiner Präsentation gemeint hat, die nicht „belangt“ werden sollen. Der zugrundeliegende Beschluss sehe nur den Wiederaufbau des Turms und nicht des Kirchenschiffs der Garnisonkirche vor. Auch die Fläche des Kirchenschiffs müsse deshalb im Workshop als Option diskutiert werden können.

Herr Heuer bedankt sich für die geleistete Vorarbeit und weist darauf hin, dass die Ergebnisse des Workshops langfristige Auswirkungen für die gesamte Stadt haben werden. Vertreter der Stiftung Garnisonkirche müssten am Verfahren beteiligt werden, gerade wenn es auch um Stiftungsflächen gehe.

Herr Finken unterstreicht dies und sagt, dass die Eigentumsverhältnisse eventuell in Frage kommender Flächen eine Teilnahme der Stiftungsvertreter notwendig machen. Herr Kümmel stimmt dem zu.

Herr Sändig widerspricht dem und weist darauf hin, dass in dem Beschluss zum Workshop explizit die Flächen des Langen Stalls und der Feuerwache benannt seien und keine Fläche der Stiftung Garnisonkirche. Im Anschluss entwickelt sich eine kontroverse Diskussion bezüglich der Einladung der Vertreter der Stiftung Garnisonkirche.

Frau Dr. Schröter fragt, wozu in Phase 1 des Workshops die Bedarfe ermittelt werden sollen. Diese seien doch bereits klar. Des Weiteren möchte sie wissen, warum die Workshops zu für Berufstätige ungünstige Zeiten stattfinden sollen und wie die genannten Teilnehmer über die bisherige „Faktenlage“ informiert werden sollen.

Der Oberbürgermeister antwortet, dass aktuell nur die Bedürfnisse der Nutzenden des Rechenzentrums klar seien. Der grundsätzliche Bedarf müsse noch ermittelt werden. Herr Kümmel ergänzt, dass es dabei nicht nur um Räume sondern auch um andere Faktoren ginge. Er führt weiter aus, dass die dargestellten Termine nur Vorschläge seien. Diesbezügliche Änderungswünsche sollen an das Büro des Oberbürgermeisters kommuniziert werden. Die aktuelle Faktenlage bekomme jeder Teilnehmer der Workshops zur Verfügung gestellt. Herr Kümmel fordert die Fraktionen dazu auf, ihre Vertreter für die Teilnahme an den Workshops bis 20.12.2017 an das Büro des Oberbürgermeisters zu melden.

Die Mitteilungsvorlage wird im Anschluss **zur Kenntnis genommen**.

zu 5.4 Entwicklungen Oberlinhaus

Oberbürgermeister (mit Feststellung der TO ergänzt)

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Grebner, Vorsitzender der Geschäftsführung des Ernst von Bergmann Klinikums und Herr Prof. Dr. Wenisch, Medizinischer Geschäftsführer des Klinikums, als Gäste. Der Oberbürgermeister geht zu Beginn auf das Interview von Herrn Fichtmüller, theologischer Vorstand des Oberlinhauses, in der Märkischen Allgemeinen Zeitung (MAZ) ein. Der in dem Interview genannte Termin sei auf Wunsch von

Herrn Koch, kaufmännischer Vorstand des Oberlinhauses, zu Stande gekommen. Anlass seien Bestrebungen gewesen, die Gespräche zur gemeinsamen strategischen Entwicklung des Ernst von Bergmann Klinikums und des Oberlinhauses zu beenden. In den weiteren Ausführungen geht der Oberbürgermeister auf die Hintergründe zu diesem Gespräch ein und stellt Leitlinien dar, die für die weiteren Verhandlungen formuliert werden sollten. Weiter sei verabredet gewesen, das erste Gespräch vertraulich zu behandeln. Spätere Ergebnisse sollten jedoch im Hauptausschuss und in den Aufsichtsräten behandelt werden. Der Oberbürgermeister macht deutlich, dass das Oberlinhaus nicht durch das Ernst von Bergmann Klinikum übernommen werden sollte und dass die bisherigen Gespräche „auf Augenhöhe“ geführt worden seien. Er bedauere die öffentliche Darstellung von Herrn Fichtmüller und sehe aktuell keine Möglichkeit für weitere Gespräche. Abschließend macht er deutlich, dass das in der Landeshauptstadt Potsdam vorhandene medizinische Leistungsspektrum erhalten bleiben müsse.

Herr Heinzel fragt, welche Seite das Gespräch initiiert hätte. Der Oberbürgermeister antwortet, dass Herr Koch das Gespräch gewünscht hätte.

Herr Kirsch fragt, in wie fern es sinnvoll sei Mitarbeiter des Oberlinhauses zu übernehmen, wenn man zukünftig miteinander kooperieren wolle. Der Oberbürgermeister antwortet, dass der betroffene Geschäftsführer durch das Oberlinhaus entlassen worden sei. Er sei mit seiner Ausbildung zum Anästhesisten fast fertig gewesen. Das Klinikum Ernst von Bergmann hätte ihn unter anderem auch deswegen übernommen, um ihm zu ermöglichen seine Ausbildung zu beenden. Im zweiten Fall von Dr. Reinhardt sei es so gewesen, dass dieser das Gespräch gesucht habe. Das Klinikum Ernst von Bergmann wollte den erfahrenen Orthopäden binden. Das Oberlinhaus wurde über diese Entscheidung informiert.

Herr Heuer bedankt sich für die ausführlichen Schilderungen des Oberbürgermeisters. Er sagt, dass dieses Thema hochsensibel sei und dass das Vertrauen der Bevölkerung in die örtlichen Kliniken nicht verloren gehen dürfe. Auch aus seiner Sicht sei es die richtige Entscheidung die Gespräche vorerst nicht weiterzuführen und erst einmal abzuwarten. Er fragt, wann der Aufsichtsrat des Klinikums Ernst von Bergmann über die Gespräche mit dem Oberlinhaus informiert worden sei.

Herr Grebner antwortet, dass dies bereits Mitte des letzten Jahres passiert sei. Auch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie sei über die Gespräche informiert worden. Herr Schubert, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung, ergänzt, dass die bisherige Zusammenarbeit mit dem Oberlinhaus, auch in anderen Bereichen, stets vertrauensvoll gewesen sei.

Herr Dr. Scharfenberg bedankt sich für die transparente Darstellung und stellt klar, dass die medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger ein elementares Thema sei. Die Mitteilung wird anschließend **zur Kenntnis genommen**.

zu 5.5 Goetheschule-Grundschule Babelsberg
Oberbürgermeister (mit Feststellung der TO ergänzt)

Frau Aabel, Beigeordnete des Geschäftsbereichs Bildung, Kultur und Sport, berichtet über die geplanten Änderungen in der Schulbezirkssatzung. Die eingegangenen Beschwerden von betroffenen Eltern würden ernst genommen und noch einmal eine vertiefte Prüfung zur Goethe-Grundschule durchgeführt. Es werde versucht, noch eine weitere Klasse an der Goethe-Grundschule unterzubringen.

Herr Dr. Scharfenberg fragt, ob es eine Möglichkeit gibt die Schule baulich zu erweitern. Frau Aabel antwortet, dass dies gerade geprüft werde. Die Prüfergebnisse sollen spätestens Ende des Jahres vorliegen. Geprüft werde eine 1-zügige Erweiterung der Schule.

Die Mitteilung wird im Anschluss zur Kenntnis genommen.

zu 6 Sachstandsbericht zum Biosphärenworkshop

Herr Rubelt, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, gibt einen Sachstandsbericht und erläutert den Prozessvorschlag zum Biosphärenworkshop. Er berichtet, dass eine Sozialraumanalyse beauftragt worden sei. Es sei wichtig zuerst zu identifizieren, welche Bedarfe vor Ort existieren. Herr Rubelt weist darauf hin, dass die Dauer des vorgeschlagenen Prozesses durch die Projektsteuerungsgruppe verkürzt werden könne. Der Punkt „Bürgervotum“ müsse noch im Detail besprochen werden.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass noch Sachstandsberichte zum Kinder- und Jugendzirkus Montelino, zum Freizeittreff Ribbeckeck und zur geplanten Einrichtung an der Georg-Hermann-Allee folgen und übergibt das Wort an Herrn Nicke, Geschäftsführer der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH.

Herr Nicke berichtet, dass es eine Abstimmung mit dem Kinder- und Jugendzirkus Montelino gegeben habe. Nach intensiver Prüfung aller möglichen Optionen sei im Ergebnis ein neuer und dauerhafter Standplatz gefunden worden, der auch den Bau eines zusätzlichen, festen Gebäudes möglich mache. Der Umzug des Zirkus werde 2019 notwendig. Der Oberbürgermeister bedankt sich bei Herrn Nicke für die Ausführungen und übergibt das Wort an Herrn Schubert, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung.

Herr Schubert berichtet, dass der Freizeittreff Ribbeckeck erhalten werden soll. Im Jugendhilfeausschuss soll detailliert über das dazugehörige Konzept gesprochen werden. Grundsätzlich soll der Freizeittreff weiter in den Stadtteil hineinwirken. Die Planungen zur Einrichtung in der Georg-Hermann-Allee sollen Ende Januar mit den Planungen zur Zukunft der Biosphäre „synchronisiert“ werden. Auch hier seien Fortschritte gemacht worden.

Frau Dr. Müller betont, dass der Jugendhilfeausschuss bereits seit Monaten an den angesprochenen Themen arbeite. Die vorgestellten Ergebnisse seien deshalb keine Überraschung. Zukünftig sollten die genannten Standorte jedoch insgesamt und zusammenhängend betrachtet werden.

Herr Heuer ergänzt, dass der Erfolg „viele Väter und Mütter“ habe. Über die

Gesamtentwicklung sei er erfreut.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass der im Prozessvorschlag vorgesehene Zeitraum für die Phase 3, „Beschlussfassung“ im Frühjahr 2019 aufgrund der Kommunalwahl ungünstig sei. Auch die Bürgerbefragung sei zu spät angesetzt, da zu diesem Zeitpunkt keine neuen Ideen mehr berücksichtigt werden könnten. Die Bürgerbefragung sollte im Prozess früher vorgesehen werden.

Frau Armbruster sagt, dass die Steuerungsgruppe die weitere Arbeit und Abstimmung übernehmen soll. Nach einer kurzen Diskussion wird die Mitteilung **zur Kenntnis genommen**.

zu 7 Zwischeninformation zu den Verhandlungen bezüglich des Potsdamer Seesportclubs

Herr Kümmel, Leiter des Büros des Oberbürgermeisters, informiert mündlich über den aktuellen Stand der Verhandlungen zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) bezüglich der Zukunft des Potsdamer Seesportclubs. Seit Mitte des Jahres würden Gespräche mit dem Potsdamer Seesportclub und der SPSG geführt. Dabei wurden durch die Landeshauptstadt verschiedene Lösungsvorschläge unterbreitet. Die „Deadline“ zur Findung einer Lösung sei nächste Woche. Die Mitteilung wird **zur Kenntnis genommen**.

zu 8 Sonstiges

Antwort des Landtags Brandenburg zur Petition des Herrn Menzel

Frau Müller berichtet über die Antwort des Landtags Brandenburg zur Petition des Herrn Menzel bezüglich der „Nichtzulassung von Fragen zu einer Einwohnerfragestunde und Begründung hierfür“. Grundsätzlich werde das Vorgehen der Landeshauptstadt Potsdam nicht bemängelt. Sollten jedoch zukünftig erneut Fragen nicht für die Einwohnerfragestunde zugelassen werden, soll die Nichtzulassung dem Fragestellenden gegenüber begründet werden. Herr Kümmel, Leiter des Büros des Oberbürgermeisters, sagt dies zu. Zukünftig werde die Verwaltung in ihren Vorschlägen zu den Einwohnerfragen eine Begründung mitliefern, sofern Fragen nicht zugelassen werden sollen.